

Anfrage Nr. 205

der Fraktion der SPD

betr. Fall Platow.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Verwaltungsangehörigen der Bundesbehörden sind im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen Dr. Platow vom Dienst suspendiert oder beurlaubt worden?
2. Warum hat die Bundesregierung es unterlassen, hierüber die Öffentlichkeit zu unterrichten?
3. Hat die Bundesregierung gegen Verwaltungsangehörige von Bundesbehörden Anzeige bei der zuständigen Staatsanwaltschaft erstattet?
4. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu treffen, um
 - a) einerseits Vorsorge zu treffen, daß Verwaltungsangehörige von Bundesbehörden sich auf keine unzulässigen Verbindungen mit Nachrichtenaufkäufern einlassen,
 - b) andererseits sicherzustellen, daß das Recht der Presse auf Informationen gewährleistet wird?

Bonn, den 11. September 1951

Ollenhauer und Fraktion